

Präsidentschaftswahlen in Kasachstan: Fortschritt, Rückschritt oder Irrweg der Demokratisierung?

Brauer, Birgit; Eschment, Beate

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brauer, B., & Eschment, B. (1999). *Präsidentschaftswahlen in Kasachstan: Fortschritt, Rückschritt oder Irrweg der Demokratisierung?* (Aktuelle Analysen / BIOst, 12/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47876>

Nutzungsbedingungen:

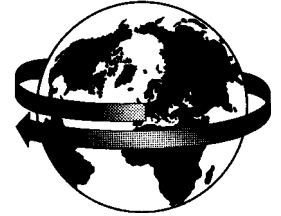
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 12/1999

8. April 1999

Präsidentenwahlen in Kasachstan

Fortschritt, Rückschritt oder Irrweg der Demokratisierung?

Zusammenfassung

Der Präsident Kasachstans, Nursultan Nazarbaev, galt westlichen Politikern lange Zeit als Hoffnungsträger der Demokratisierung in Zentralasien. Er entsprach diesen Erwartungen in Worten bei seinen Reden im In- und Ausland, seine Taten wichen hingegen von den deklarierten Prinzipien ab. Sein Führungsstil wurde zunehmend autoritär. Die Umstände der auf den 10. Januar 1999 vorverlegten Präsidentenwahlen – Nazarbaev siegte mit knapp 80% der abgegebenen Stimmen – bildeten einen weiteren Höhepunkt dieser Entwicklung, zu der sich nun auch die OSZE mit Kritik nicht mehr zurückhielt. Die Nachbarstaaten, darunter Rußland, und die westliche Wirtschaft bekundeten Zufriedenheit mit Nazarbaevs Wiederwahl, weil sie die Stabilität des Landes und die hohen ausländischen Investitionen bis zum Jahr 2006 zu sichern verspricht.

Begriffe wie "Demokratisierung" und "Einführung der Marktwirtschaft" gehören neben den Formeln "Eintracht zwischen den Nationalitäten" und "Stabilität" zum Standardvokabular in den Reden und programmatischen Büchern des kasachischen Präsidenten. Was die Stabilitätswahrung, den ethnopolitischen Frieden und die Wirtschaftsreformen betrifft, hat die Politik des Präsidenten zweifellos Erfolge zu verbuchen. Was jedoch eine reale und nicht nur verkündete Demokratisierung anbelangt, fällt der Befund eher negativ aus. Hier ist – an westlichen Kriterien für Demokratie gemessen – eher eine Abkehr vom deklarierten Prinzip oder die Tatsache festzustellen, daß Nazarbaev eine sehr eigene Definition von Demokratie hat.

In seiner jährlichen Ansprache vor dem Parlament Ende September 1998 stellte Nazarbaev ein umfangreiches politisches Reformprogramm vor, das Kasachstan demokratisieren und einen Neuanfang markieren sollte: "Kasachstan soll nicht nur ein wirtschaftlich entwickeltes Land werden. Es muß ein Befürworter und Symbol für Demokratie und Menschenrechte werden."¹ Als konkret anstehende Aufgaben nannte er ausdrücklich die Förderung von Parteien und Nichtregierungsorganisationen, eine unabhängige Justiz sowie unzensurierte und unabhängige Medien. Außerdem forderte er die Vereinfachung der Wahlge-

¹ Address of the President of the Republic of Kazakhstan to the People of Kazakhstan on the Situation in the Country and Major Directions of Domestic and Foreign Policy: Democratization, Economic and Political Reform for the New Century, Pressedienst des Präsidenten. Siehe auch Homepage des Präsidenten: www.president.kz.

setze und die Senkung der Wahlgebühren für Kandidaten. "Unser Ziel sollte klar sein: die bevorstehenden nationalen Wahlen in ein Modell für freie und faire Wahlen zu verwandeln."

Vorverlegung des Wahltermins

Eine Woche später beschloß das Parlament überraschend, die Präsidentschaftswahlen um knapp zwei Jahre vorzuverlegen. Die damit verbundenen Ereignisse widersprachen Nazarbaevs Bekenntnis zur Demokratie so sehr, daß die OSZE nicht mehr – wie zuvor – bereit war, dies als Kinderkrankheit zu entschuldigen, und deutliche Kritik übte.

Der Präsident ist nach der zweiten postsowjetischen Verfassung des Landes vom Oktober 1995 das wichtigste und mächtigste Verfassungsorgan. Er hat die Richtlinienkompetenz in der Innen- wie Außenpolitik und besetzt alle wichtigen Ämter einschließlich das des Premierministers. Die Regierung und ihr Leiter sind nur dem Präsidenten rechenschaftspflichtig.² Bisher einziger Inhaber dieses eminenten Staatsamts war und ist Nursultan Nazarbaev.³

Nach der Verfassung hätten die nächsten Präsidentenwahlen am ersten Sonntag im Dezember des Jahres 2000 stattfinden sollen. Im Sommer 1998 kursierten in Almaty aber bereits Gerüchte über eine Vorverlegung des Termins. Auslöser war die Finanzkrise in Rußland, die auch in Kasachstan große Beunruhigung hervorrief. Zwar versicherten der Präsident, der Vorsitzende der Nationalbank und viele andere staatliche Würdenträger, daß Kasachstan davon nicht betroffen sei, um einer Panik in der Bevölkerung vorzubeugen. Doch war es für viele Finanzexperten nur eine Frage der Zeit, bis die Krise auch Kasachstan erreichen würde, dessen größter Handelspartner nach wie vor Rußland ist.

Im Anschluß an Nazarbaevs Rede im Parlament forderten vier Abgeordnete den Präsidenten erstmals öffentlich dazu auf, die Wahlen vorzuverlegen. Diese Bitten wurden keineswegs spontan und unter dem Eindruck der Ansprache vorgetragen. Mindestens einer der Abgeordneten las einen vorgedruckten Text ab. Nazarbaev lehnte das Anliegen strikt ab. Doch die Marschrichtung war damit klar. Am 8. Oktober beschloß das nicht gerade für Eigeninitiative bekannte Parlament, die Wahlen um knapp zwei Jahre auf den 10. Januar 1999 vorzuziehen. Nazarbaev mußte sich, so hieß es offiziell, der Entscheidung beugen. Zugleich beschlossen die Abgeordneten mehrere Verfassungsänderungen (insgesamt 19), darunter folgende:

- Die Amtszeit des Präsidenten wurde von fünf auf sieben Jahre verlängert.
- Die Amtszeit der Abgeordneten des Oberhauses (Senat) wurde von vier auf sechs Jahre und die der Abgeordneten des Unterhauses (Mažilis) von vier auf fünf Jahre heraufgesetzt.
- Der Präsident durfte bislang nur für zwei Amtszeiten von jeweils fünf Jahren regieren und bei Amtsantritt nicht älter als 65 Jahre sein. Beide Einschränkungen wurden ersatzlos gestrichen.

Die Parlamentsbeschlüsse und Verfassungsänderungen waren in auffälliger Weise auf die Person Nazarbaevs zugeschnitten. Die Vorverlegung der Wahlen standen für unabhängige Beobachter in einem unverkennbaren Zusammenhang mit der sich zuspitzenden Wirtschaftskrise. Die Wahlen sollten zu einem Zeitpunkt stattfinden, bevor die allseits prognostizierte Wirtschaftskrise das Image des Präsidenten ankratzen konnte. Wahltaktisch hatte der Überraschungscoup den Vorteil, daß die Chancen eventueller Konkurrenten entscheidend geschmälert wurden, denn diese waren im Oktober für einen Wahlkampf noch nicht gerüstet. Etwaige Kandidaten hatten nur einen Monat Zeit, um die von der Verfassung für eine Registrierung als Kandidat vorgeschriebenen 170.000 Unterschriften zu sammeln und ihren Wahlkampf zu organisieren.

Die Reaktion der Gegner Nazarbaevs zeigte wieder einmal, wie schwach und unorganisiert die Opposition ist. Einhellig kritisierten sie Nazarbaev und die Vorverlegung der Wahlen, konnten sich aber nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen, sei es die Entscheidung für einen Wahlboykott oder die Einigung auf einen Oppositionskandidaten, durchringen. Die Folge war, daß eine Vielzahl von Personen unterschiedlichen Bekanntheitsgrads öffentlich ihre Bereitschaft erklärten, ins Rennen zu

² Konstitucija Respubliki Kazachstan, Almaty 1995, Art. 44.

³ Der studierte Hochofeningenieur war in den 80er Jahren Vorsitzender des Ministerrates der KazSSR, 1990 wählte ihn der Oberste Sowjet ins neugeschaffene Amt des Präsidenten, 1991 wurde er von der Bevölkerung ohne Gegenkandidaten mit 98% der Stimmen gewählt und 1995 durch ein Referendum bis zum Dezember 2000 im Amt bestätigt.

gehen. Sie machten es Nazarbaev um so leichter, sich zu profilieren und durchzusetzen. Unter denjenigen, die zunächst erklärten, kandidieren zu wollen, fanden sich in Kasachstan bekannte Persönlichkeiten wie zum Beispiel Murat Auezov, der Sohn eines bedeutenden Poeten, Mels Eleuzizov, der Führer der kasachischen Grünen, Amantaj Asylbekov, der Führer der Anti-Atomkraft-Bewegung "Attan", Karisal Asanov, ein sowjetischer Dissident, und nicht zuletzt der ehemalige Premierminister Akežan Kažegel'din. Auf seinen Fall konzentrierte sich in den folgenden Wochen die internationale Aufmerksamkeit und Kritik.

Der Fall Kažegel'din

Der aus dem Norden Kasachstans stammende Akežan Kažegel'din (geb. 27.3.1952) war von 1994 bis Herbst 1997 Premierminister. Im Oktober 1997 trat er, offiziell aus Gesundheitsgründen, zurück. Mit dem Rücktritt kam er vermutlich seiner Entlassung zuvor, nachdem vor wenigen Wochen seine frühere Tätigkeit für den KGB bekanntgeworden war. Zudem wurde er von seiner Regierung, darunter auch seinem Nachfolger Nurlan Balgimbaev, wegen seines Privatisierungsprogramms und des schnellen Verkaufs strategisch wichtiger Unternehmen zu niedrigen Preisen zunehmend kritisiert. Nach einem sechsmonatigen "Genesungsurlaub" in der Schweiz kehrte Kažegel'din im Frühjahr 1998 auf die politische Bühne Kasachstans zurück. Er wurde zum Vorsitzenden des Unternehmerverbands und damit auf einen einflußreichen Posten gewählt und galt als heimlicher Präsidentschaftskandidat. In typischer Manier versuchte Nazarbaev daraufhin, den Konkurrenten als Berater in seinen Führungszirkel zu integrieren. Diese Art von Personalpolitik hat Tradition. Viele Personen im inneren Führungskreis und in der Regierung waren zuvor Kritiker des Präsidenten. Im Falle Kažegel'dins war diese Taktik jedoch nicht erfolgreich. Er trat sofort nach Bekanntgabe des neuen Wahltermins von seinem Beraterposten zurück und erklärte seine Absicht, gegen Nazarbaev zu kandidieren.

Es folgte eine Justizposse. Kažegel'din hatte kurz zuvor an einem der ersten Treffen der neugegründeten und noch nicht genehmigten Bewegung "Für faire Wahlen"⁴ teilgenommen. Dafür wurde er am 20. Oktober 1998 von einem Gericht in Almaty zu einer geringen Geldstrafe verurteilt. Damit wäre seine Kandidatur ausgeschlossen gewesen, denn nach einer Änderung des Wahlgesetzes vom Mai 1998 dürfen verurteilte Personen ein Jahr lang nicht für das Amt des Präsidenten kandidieren. Die Bestimmung ist so formuliert, daß theoretisch auch derjenige, der einen Strafzettel wegen überhöhter Geschwindigkeit erhält, das passive Wahlrecht verliert. Kažegel'din legte natürlich Rechtsmittel ein, beauftragte amerikanische Anwälte und suchte mit Hilfe einer amerikanischen Public-Relations-Firma erfolgreich Unterstützung bei der internationalen Öffentlichkeit⁵, doch das Urteil wurde – trotz persönlicher Intervention des Präsidenten – vom Obersten Gerichtshof Kasachstans bestätigt. Damit war der einzige Gegenkandidat, der gewisse Chancen gegen Nazarbaev hatte, ausgeschaltet. Das Vorgehen gegen ihn ist um so unverständlicher, als seine Kandidatur wohl auch nichts am Sieg Nazarbaevs geändert hätte. Kažegel'din hat zwar versucht, sich als Demokrat zu profilieren, er wird aber von der Bevölkerung zu Recht als ein Mitglied der herrschenden Nomenklatura gesehen.

"Wahlkampf"

Die umstrittene Änderung des Wahlgesetzes hinderte auch andere prominente Politiker an einer Kandidatur. Da der bisherige Botschafter Kasachstans in der Türkei, Baltas Tursynbaev, durch die Ernennung zum stellvertretenden Premierminister von seiner Kandidatur abgebracht werden konnte und ein weiterer Kandidat sich offiziell aus Geldmangel zurückzog (jeder registrierte Kandidat mußte laut Gesetz eine Gebühr von ca. 30.000 US-\$ zahlen), blieben letztlich vier Kandidaten übrig – neben Nazarbaev der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Serikbolsyn Abdil'din, der Vorsitzende des Zollkomitees, Gani Kasymov, und der Abgeordnete Engels Gabbasov. Abdil'din war

⁴ Die Bewegung für faire Wahlen (Za čestnye vybory) wurde am 5. September 1998 in Almaty von Oppositionellen gegründet. Ihr Vorsitzender ist Dos Kösim (Verein zu Verbreitung der Demokratie), Petr Svoik (Azamat) und Vitalij Voronov (Stiftung für rechtliche Entwicklung Kasachstans) gehörten zur Initiativgruppe. Die Bewegung erhielt, im Gegensatz zu Nazarbaevs Unterstützergruppe, keine offizielle Registrierung.

⁵ Kazakhstan's Empty Election, Editorial der New York Times, 9.11.1998; A Central Asian Czar, Editorial der Washington Post, 9.11.1998.

der härteste Kritiker Nazarbaevs und seines Wahlkampfes. Der 61jährige Parteifunktionär setzte seine Hoffnungen auf die Arbeitslosen und Rentner Kasachstans, d.h. auf die "Früher-war-es-besser"-Fraktion in der Bevölkerung. Er plädierte für eine bessere Sozialfürsorge, eine vorsichtigere Privatisierung und ein enges Zusammengehen mit Rußland.

Gani Kasymov (48), der in der Bevölkerung schon als kasachischer Shirinowskij bezeichnet wurde, versuchte sich als Anwalt von Law and order zu präsentieren. Er erreichte Bekanntheit vor allem durch seine spektakulären Auftritte in der Öffentlichkeit. Nazarbaevs dritter Herausforderer, Engels Gabbasow (61), Abgeordneter des Oberhauses des Parlaments, hat sich als Umweltpolitiker einen Namen gemacht. Gerüchten zufolge war er, wie auch Kasymov, nur ein Marionettenkandidat, der den Schein einer pluralistischen Wahl vorgaukeln sollte.

Der Wahlkampf wurde völlig von Nazarbaev und seinem Wahlkampfmanager, dem ehemaligen Premierminister Sergej Tereščenko, dominiert. Das Porträt des amtierenden Präsidenten hing in den Straßen der großen Städte, Plakate seiner Gegner waren dagegen nicht zu entdecken. Die von Nazarbaevs ältester Tochter Dariga geleiteten staatlichen Fernsehkanäle Kazachstan 1 und Chabar berichteten ausführlich über Wahlkampfreisen und Aktivitäten des Präsidenten, der auch bei einem Teil der nichtstaatlichen Medien die meiste Beachtung fand. Die drei anderen Kandidaten klagten dagegen über Schwierigkeiten, Zugang zu den Medien zu bekommen. Wenige Fernsehsender – wie KTK in Almaty, der Gani Kasymov auf Schritt und Tritt folgte – widmeten auch den Gegenkandidaten Aufmerksamkeit, und wenige Zeitungen – wie "XXI Vek" und "451° po Farengejtu" – setzten sich kritisch mit dem gesamten Wahlprozeß auseinander.

Nazarbaev hob in seinen Wahlreden vor allem auf zwei Verdienste seiner Politik ab:

- Ganz im Gegensatz zu anderen ehemaligen Sowjetrepubliken herrsche in Kasachstan Frieden und Stabilität, dies sie keine Selbstverständlichkeit in einem Land, in dem mehr als 100 Nationalitäten leben.⁶
- Trotz aller wirtschaftlichen Probleme ginge es der Bevölkerung Kasachstans besser als den Menschen in den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken. Kasachstan habe mit etwa 125 US-\$ im Monat die höchsten Durchschnittsgehälter.⁷

Er verschwieg nicht, daß dem Land aufgrund der Finanzkrise in Asien und der niedrigen Weltmarktpreise für Öl, Metalle und Getreide schwere Zeiten bevorstünden, versicherte jedoch, daß gerade er die nötige Erfahrung habe, um das Land aus der Krise herauszuführen.

Wahltag und Ergebnis

Nachdem entscheidende Weichen bereits im Vorfeld gestellt worden waren, verlief der Wahltag, wie auch zuvor der Wahlkampf, ruhig. Die OSZE hatte an der Organisation der Wahl nichts zu bemängeln. Wahlberechtigt waren ca. 8 Mio. Menschen, davon sollen 86% zu den Urnen gegangen sein. Nach dem offiziellen amtlichen Wahlergebnis erhielt Nazarbaev 79,78% der Stimmen. Überraschend lag der Kommunist Abdil'din mit 11,7% auf dem zweiten Platz. Die beiden übrigen Kandidaten waren weit abgeschlagen. Zwar hat es bei den Wahlen kleinere Unregelmäßigkeiten wie das in Zentralasien übliche "family-voting" gegeben und wurde die Höhe der Wahlbeteiligung angezweifelt, doch ist davon auszugehen, daß das Ergebnis insgesamt den Willen der Bevölkerung wiedergibt und die überwältigende Mehrheit der Bürger Kasachstans für Nazarbaev gestimmt hat. Der Amtsbonus und die Prominenz des Präsidenten, an die keiner der Gegenkandidaten auch nur annähernd herankam, war hier ausschlaggebend.

Die Bevölkerung lastet die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen in nachsowjetischer Zeit offenbar nicht der Politik des Präsidenten an. Es ist Nazarbaev gelungen, ihr zu vermitteln, daß die Lage in den Nachbarländern, einschließlich Rußlands, noch schlechter und die noch bevorstehende Wirtschaftskrise nicht hausgemacht, sondern durch äußere Faktoren hervorgerufen ist. Viele vertrauen darauf, daß er das Land sicher durch die Krise führen kann. Und auch jene, die ihre schlechte ökonomische Situation doch dem Präsidenten anlasteten, ließen sich durch das Argument

⁶ Rede in Almaty, 4.1.1999.

⁷ Rede in Aktjubinsk, 16.11.1998.

"Frieden im Land" überzeugen. Darüber hinaus ist die sowjetische Mentalität, den Amtsinhaber wiederzuwählen, noch sehr stark ausgeprägt. Wahlentscheidungen orientieren sich eher an Personen und als an politischen Programmen.

Nazarbaev äußerte sich mit dem Ergebnis und seinem Zustandekommen hochzufrieden. "Dieser Tag wird in die Geschichte Kasachstans eingehen als der Tag, an dem die Kasachen ihren Präsidenten erstmals frei wählen konnten, mit Alternativen und in einer fairen Wahl." Das Stimmenergebnis für seine eigene Person kommentierte er in Anspielung auf frühere Resultate von fast 100% mit den Worten, nun sei Kasachstan um 20% demokratischer geworden.

Am 20. Januar fanden die Präsidentschaftswahlen mit der feierlichen Amtseinführung des alten-neuen Präsidenten ihren Abschluß. Nazarbaev legte seinen Amtseid nach alter kasachischer Tradition, wie ein Khan auf einem weißen Filzteppich stehend, ab. In seiner Inaugurationsrede beschwor er ein weiteres Mal die Demokratie: "Wir erklären unsere Verbundenheit mit den Prinzipien des Aufbaus einer demokratischen Gesellschaft und einer Marktwirtschaft."⁸

Die Reaktion des Auslands war gespalten. Als Indikator für das Verhältnis zur Wahl kann die Gästeliste bei der feierlichen Amtseinführung gelten. Mit Ausnahme Turkmenistans waren die GUS-Staaten hochrangig vertreten, aus Rußland waren u.a. Premierminister Primakov und der GUS-Sekretär Berezovskij anwesend. In Moskau hatte man offen für Nazarbaev Partei ergriffen und sich befriedigt über den Wahlausgang gezeigt. Auch China, Iran und die Türkei waren mit hochrangigen Staatsrepräsentanten anwesend, während man namhafte Politiker westlicher Staaten vermißte.

Die Rolle der OSZE

Die OSZE hatte durch ihre Vertreter vor Ort den Wahlprozeß seit Oktober sorgfältig beobachtet. Durch Kontakte bis auf Ministerebene hatte sie versucht, Nazarbaev zu einer Verschiebung des Wahltermins zu bewegen. Durch die Vorverlegung und die folgenden Manöver sah sie demokratische Grundprinzipien verletzt, zu denen sich Kasachstan als Mitglied der OSZE verpflichtet hat. Ihre Interventionen und der Beschluß, keine Wahlbeobachterdelegation zu entsenden, änderte aber nichts an dem Vorgehen in Kasachstan. Erwartungsgemäß erklärte die OSZE in ihrem Abschlußbericht, daß "der Wahlprozeß bei weitem nicht den Standards entsprochen (habe), zu denen sich die Republik Kasachstan als OSZE-Mitgliedstaat verpflichtet hat".⁹ Als Kritikpunkte wurden genannt: die Verkürzung der Wahlkampfperiode und der Vorbereitungszeit für die Kandidaten durch die Vorverlegung der Wahlen; der Einfluß des Präsidenten auf die Besetzung der Wahlkommission; Änderungen des Wahlgesetzes zur Ausschaltung von Kandidaten (durch Verbot der Kandidatur im Falle der Verhängung einer noch so geringfügigen administrativen Strafe gegen den Bewerber); die Behinderung der Versammlungs- und Vereinsfreiheit; das nicht neutrale Verhalten staatlicher Behörden im Wahlkampf; die unverhältnismäßig starke Präsenz des Amtsinhabers in der Berichterstattung der staatlichen und privaten Medien. Diese deutliche Kritik war allerdings nicht mit der Nichtanerkennung des Wahlergebnisses gleichzusetzen, von der westliche Medien fälschlicherweise berichteten. Dafür hat die OSZE kein Mandat.

Die kasachische Seite hat die Forderungen der OSZE und ihre Kritik zurückgewiesen. Schon bei den Wahlbeobachtungsmissionen 1993 und 1995 hatte sich gezeigt, daß die Anwesenheit der OSZE zwar als ein Qualitätsstempel für Demokratie begrüßt wurde, Kritik aber nicht erwünscht war und abgewiesen wurde. Auch die schärfste Kritik an Demokratisierungsdefiziten kann der politischen Führung Kasachstans nicht den Blick dafür verstellen, daß westliche Firmen, aber auch Regierungen mit anderen nicht eben demokratischen Staaten gute Wirtschaftsbeziehungen unterhalten, wenn sie, wie Kasachstan, riesige Erdöl und -gasvorräte zu bieten haben. Es wird kein einziges Geschäft mit Kasachstan nur deshalb nicht abgeschlossen werden, weil Nazarbaev nicht nach westlichen Maßstäben zum Präsidenten gewählt wurde. Ganz im Gegenteil verbürgt der alte Amtsinhaber auch in der Sicht westlicher Geschäftsleute am ehesten Kontinuität und Stabilität. Die Geschäftswelt Kasachstans und des Auslands, die Nazarbaev im Wahlkampf unterstützt hat, kann mit dem Ergebnis zufrieden sein.

⁸ Inauguracinnaja rec' Prezidenta Respublik Kazachstan, in: Kazachskaja pravda, 21.1.1999.

⁹ OSCE/Office for Democratic Institutions and Human Rights, The Republic of Kazakhstan, Presidential Election, 10 January 1999, Assessment Mission [Abschlußbericht].

Für Kasachstan besteht 1999 die Möglichkeit, konstruktiv auf die Kritik der OSZE zu reagieren und auf ihre Empfehlungen einzugehen, denn im Laufe dieses Jahres werden Parlamentswahlen auf nationaler und regionaler Ebene durchgeführt. Diesbezügliche Gespräche haben im Februar zwischen der Präsidentin

des OSZE-Parlaments, Helle Degn, Nazarbaev und den Vorsitzenden des Ober- und Unterhauses des Parlaments Kasachstans stattgefunden. Doch gibt es auch bereits Anzeichen dafür, daß sich die Mängel bei den Präsidentschaftswahlen wiederholen könnten: Die Parlamentswahlen sollten Ende des Jahres stattfinden, neuerdings verdichten sich aber die Gerüchte, daß der Termin vorgezogen werden könnte. Als Anlaß für eine Vorverlegung könnten zum Beispiel die Beratungen über Verbesserungen des Etats 1999 dienen. Eine Ablehnung durch das Parlament könnte zu seiner Auflösung führen und Neuwahlen noch rascher herbeiführen.¹⁰ Zudem klagen neue politische Oppositionsparteien und Bewegungen wie "Orleu" (Fortschritt) und die "Republikanische Volkspartei Kasachstans", die in den letzten Monaten im Hinblick auf die Parlamentswahlen gegründet wurden, bereits über Schwierigkeiten bei der offiziellen Registrierung.¹¹

Wohin steuert Kasachstan?

Von den eingangs erwähnten Hauptzielen der Politik Nazarbaevs – Demokratisierung, Einführung der Marktwirtschaft, Eintracht der Nationalitäten und Stabilität – steht die Demokratisierung offenbar an letzter Stelle der Prioritätenliste. Zu diesem Eindruck muß man kommen, wenn man die Ziele an ihrer praktischen Umsetzung und nicht an ihrer bloßen Bekundung mißt. Westlichem Drängen auf mehr Demokratie begegnet die politische Führung Kasachstans mit dem Argument, daß politische Systemwechsel in Ländern, die auf demokratische Traditionen in ihrer Geschichte zurückgreifen können, leichter und schneller durchzuführen seien, als in Ländern wie Kasachstan, in denen der Weg zur Demokratie unter Berücksichtigung der kulturellen und historischen Besonderheiten mit Geduld und Vorsicht besritten werden müsse. Doch bleibt festzustellen, daß auch ein solcher Prozeß der vorsichtigen politischen Transformation in Kasachstan weniger der Demokratisierung als dem Ausbau der Präsidialgewalt gegolten hat. Dabei blieben nicht nur in der politischen Führung Kasachstans, sondern auch in der Opposition und in der breiten Bevölkerung das Verständnis von Demokratie und die Überzeugung ihrer Notwendigkeit unterentwickelt. Ein Hauptargument, das von kasachischer Seite gegen Demokratisierungsforderungen vorgebracht wird, zielt auf den Vorrang der Stabilitätswahrung vor rascher Demokratisierung. Das heißt im Umkehrschluß, daß Demokratie stabilitätsgefährdend sei. Fälle wie die des indonesischen Herrschers Suharto haben aber gezeigt, daß Stabilität, die auf autoritärer Führung eines Herrschers und seines Clans beruht, Risiken in sich birgt und nicht dauerhaft ist.

Nach Nazarbaevs eigener Einschätzung hat "die zarte Pflanze Demokratie (in Kasachstan) Wurzeln geschlagen".¹² Der Umgang mit der demokratischen Grundinstitution der Wahlen hat daran Zweifel aufgeworfen. Allerdings erscheinen die politischen Verhältnisse in Kasachstan im Vergleich mit anderen Staaten Zentralasiens und des Kaspischen Raums, mit Usbekistan, Turkmenistan und Aserbaidschan, immer noch relativ "demokratisch".

Birgit Brauer/Beate Eschment

Beate Eschment ist Redakteurin der Zeitschrift OXUS, Birgit Brauer berichtet als Journalistin aus Kasachstan und Zentralasien.

Redaktion: Uwe Halbach

¹⁰ RFE/RL Newline, 16.2.1999.

¹¹ RFE/RL Newline, 11.2.1999.

¹² Rede am 23.10.1998 vor Vertretern von Politischen Parteien und Kulturzentren